

Zeitschrift: Geomatik Schweiz : Geoinformation und Landmanagement =
Géomatique Suisse : géoinformation et gestion du territoire =
Geomatica Svizzera : geoinformazione e gestione del territorio

Herausgeber: geosuisse : Schweizerischer Verband für Geomatik und
Landmanagement

Band: 105 (2007)

Heft: 11

Artikel: Berufsreform Geomatiker/-in = La réforme professionnelle des
géomaticiens

Autor: Buel, A. van

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-236463>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Berufsreform Geomatiker/-in

Das Reformprojekt Geomatiker/-in hat das Vor-Ticket erhalten. Verschiedene Arbeitsgruppen im Kreise der Reformkommission sind zurzeit daran, die Bildungsverordnung und den Bildungsplan zu entwerfen. Diese zwei Dokumente kommen im Frühling 2008 in eine erste verbandsinterne Vernehmlassung.

A. van Buel

Das neue Berufsbildungsgesetz

Das neue Berufsbildungsgesetz (BBG) und die dazugehörige Berufsbildungsverordnung (BBV) sind am 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Das neue Berufsbildungsgesetz trägt dem markanten Wandel in der Berufs- und Arbeitswelt Rechnung und bringt neue, differenzierte Wege der beruflichen Bildung sowie Durchlässigkeiten im (Berufs-) Bildungssystem. Es regelt die berufliche Grundbildung wie auch die Berufsmaturität.

Die Gesamtheit der höheren Berufsbildung im Nicht-Hochschulbereich wird folglich nach demselben System gestaltet, wodurch Vergleiche vereinfacht oder gar erst ermöglicht werden. Nach einer fünfjährigen Erarbeitungsphase sollten die ungefähr 250 Lehrlingsausbildungsreglemente revidiert sein. Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen werden in einer Verordnung über die berufliche Grundbildung (BiVo) festgehalten. Das neue Gesetz setzt das aktuelle Reglement ausser Kraft, welches besagt, dass im Rahmen des dualen Berufsbildungssystems maximal zwei Schultage erlaubt sind. In Zukunft sind mehrere Organisationsformen möglich:

- die klassische Form: ein bis zwei Schultage sowie drei bis vier Ausbildungstage im Unternehmen während der ganzen beruflichen Grundbildung;
- ein degressives Modell: eine grössere Anzahl Schultage am Anfang der beruflichen Grundbildung, die Anzahl Schultage verringert sich, je weiter die Grundbildung fortgeschritten ist;
- ein einleitendes Schuljahr, berufliche

Grundbildung mit ausgedehnter Schulbildung etc.

Die Einführungskurse werden durch «überbetriebliche Kurse» (ÜK) oder durch «andere vergleichbare Lernorte» ersetzt. Die überbetrieblichen Kurse haben die Vermittlung und den Erwerb des Basiswissens zum Ziel. Sie vervollständigen die berufliche Praxis und die schulische Bildung. Sie sind ebenfalls im Rahmen der Verordnung über die berufliche Grundbildung (BiVo) zu reglementieren.

Die berufliche Grundbildung ist im Rahmen von so genannten Berufsfeldern, wenn möglich mit ähnlichen Ausbildungsinhalten, neu zu gruppieren.

Erarbeitung einer Verordnung über die berufliche Grundbildung

Organisation des Projekts und der beteiligten Parteien

- Projektleitung: Organisation(en) der Arbeitswelt
- Reformkommission: Organisation(en) der Arbeitswelt + BBT + Kantone
- Arbeitsgruppen: Organisation(en) der Arbeitswelt

Implementierung des Reformprozesses

Die Implementierung des Reformprozesses dauert vier Jahre und sieht sechs verschiedene Phasen vor. Das BBT erarbeitet zusammen mit der Reformkommission den Verordnungs-Entwurf. Die Verordnung über die berufliche Grundbildung (BiVo) definiert die Kernelemente der beruflichen Grundbildung und muss über mehrere Jahre hinweg Bestand haben.

Diese Verordnung wird durch den Bildungsplan vervollständigt, welcher Teile enthält, die häufiger überarbeitet werden müssen.

Der Bildungsplan ist das berufspädagogische Konzept der beruflichen Grundbildung. Er konkretisiert die Verordnung und weist die folgenden Teile auf:

- Handlungskompetenzen: Welche Bildungsziele am Ende des Lernprozesses erfüllt sein müssen und wie die Ausbildung auf die Lernorte aufgeteilt ist.
- Curricularer Aufbau (Lektionenaufteilung): Wie viel Zeit in der Berufsfachschule für die einzelnen Bereiche aufgewendet wird.
- Qualifikationsverfahren: Welche Qualifikationsverfahren zur Überprüfung der Zielerreichung eingesetzt werden.
- Überbetriebliche Kurse: Wie diese organisiert und aufgeteilt sind sowie deren Dauer.
- Anhang: Verzeichnis der Unterlagen zur Umsetzung der beruflichen Grundbildung.

Sobald die Verordnung (BiVo) und der Bildungsplan bereit sind, müssen diese Dokumente in die drei Landessprachen (d/f/i) übersetzt werden. Die Verordnung (BiVo) und der Bildungsplan werden einer Konsistenzprüfung unterzogen. Das BBT organisiert die Konsistenzprüfung und bestimmt, von welcher pädagogischen Fachstelle sie durchgeführt wird. Die Kosten werden vom BBT übernommen. Danach erfolgt eine Vernehmlassung durch die für die Berufsbildung zuständigen kantonalen Departemente, die Organisation(en) der Arbeitswelt und weitere interessierte Kreise. Das BBT organisiert diese Vernehmlassung und bestimmt die Empfänger.

Das BBT fasst die Stellungnahmen zusammen. Die einzelnen Anträge werden im Rahmen einer Bereinigungssitzung der Reformkommission diskutiert und nach Möglichkeit berücksichtigt. Das BBT ist für die Publikation in der amtlichen Sammlung des Bundes und den Druck der Verordnung über die berufliche Grundbildung (BiVo) zuständig. Der Bildungsplan wird nach der Genehmigung durch das

BBT von den Organisationen der Arbeitswelt umgehend publiziert.

Die Implementierung der neuen Verordnung (BiVo) gehört in den Zuständigkeitsbereich der Organisation(en) der Arbeitswelt und der Kantone, welche sie planen und in die Wege leiten müssen. Vorgesehen ist eine maximale Frist vom Verordnungsdatum bis zum Start der Ausbildung von zwölf Monaten.

Die Reform der beruflichen Grundbildung für Geomatiker/-innen

Nach dem Rückzug des Projekts ZBZ haben unsere Berufsverbände (OdA), repräsentiert durch ihre jeweiligen Präsidenten, ein Modell entwickelt, nach welchem die berufliche Grundbildung für Geomatiker/-innen gestaltet werden soll.

Mehrere Fragen wurden gestellt, insbesondere:

- Mit welchen Berufen kann ein Berufsfeld gebildet werden?
- Wie kann unser Aktivitätsgebiet vergrössert werden?

Sehr schnell hat sich die Kartografie (exklusiv von der Swisstopo in Bern ausgebildet) an die Geomatik angenähert, um ein Berufsfeld zu bilden.

Eine Analyse unseres Aktivitätsgebietes hat uns erlaubt zu zeigen, dass die Ausübung unseres Berufes drei unterschiedliche Phasen beinhaltet:

- die Datenerfassung
- die Datenbearbeitung
- die Datenausgabe.

Bei den Arbeiten an den Bildungszielen hat sich gezeigt, dass in der Datenverarbeitung vor allem der Schwerpunkt der Geoinformation tangiert wird. Schlussendlich, nach vielen Sitzungen und Diskussionen, wurde vom BBT das folgende Konzept festgehalten und akzeptiert: Ein einziges eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) Geomatiker/Geomatikerin und drei unterschiedliche Schwerpunkte:

Rollen und Tätigkeiten der beteiligten Parteien

Organisation(en) der Arbeitswelt (OdA)	BBT	Kantone
<ul style="list-style-type: none"> • Stellt oder stellen den Antrag auf Erlass einer Verordnung über die berufliche Grundbildung • Hauptaufgaben sind die operative Projektleitung und die Definition der Inhalte 	<ul style="list-style-type: none"> • Erlässt die Verordnung über die berufliche Grundbildung • Begleitet den Reformprozess von A bis Z (strategische Projektleitung und hoheitliche Aufgaben) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sind für den Vollzug der Verordnung über die berufliche Grundbildung verantwortlich • Begleiten und unterstützen den Reformprozess von Beginn weg

- Amtliche Vermessung
- Geoinformation
- Kartografie

Die drei Schwerpunkte bilden die Basis für eine einzige Verordnung (BiVo) und einen einzigen Bildungsplan. Das Datum der Inkraftsetzung der Verordnung und des Bildungsplans wurde auf das Jahr 2010 festgelegt.

Heute werden noch zwei eidg. Fähigkeitszeugnisse (EFZ) verliehen: Geomatiker/-in und Kartograf/-in. Die Kartografie verfügt in der ganzen Schweiz über vier Lernende pro Jahr, während es bei den Geomatiker/-innen ungefähr 460 sind. Aus den Resultaten einer von der Projektleitung durchgeführten Umfrage im Dezember 2006, aus der 180 Antworten ausgewertet werden konnten, lässt sich extrapolieren, dass in der Geoinformation ca. 90 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden, wovon nach Abzug des Wechsels von der Amtlichen Vermessung in die Geoinformation gesamtschweizerisch netto ca. 50 neue Ausbildungsverhältnisse entstehen werden.

Das Reformprojekt Geomatiker/-in hat das Vor-Ticket erhalten, was sozusagen einer Arbeitserlaubnis nach dem vom BBT verabschiedeten Reformprozess entspricht. Verschiedene Arbeitsgruppen im Kreise der Reformkommission sind zurzeit daran, die Bildungsverordnung und den Bildungsplan zu entwerfen. Diese zwei Dokumente werden im Frühling 2008 erstellt sein und bilden danach Gegenstand einer ersten verbandsinternen Vernehm-

lassung sowie einer durch das BBT organisierten Konsistenzprüfung.

Um während der Reformphase das operative Projektmanagement von finanziellen und organisatorischen Fragen zu entlasten, haben die Berufsverbände beschlossen, einen Trägerverein zu gründen. Der «Trägerverein Geomatiker/-in Schweiz» wurde am 21. August 2007 gegründet. Nach Inkraftsetzung der neuen beruflichen Grundbildung wird sich dieser Trägerverein der Qualitätssicherung und der Aktualisierung des Bildungsplans annehmen.

Die Reformkommission besteht aus 22 Personen, welche sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Berufsverbände (IGS, geosuisse, FGS/PGS, FVG/STV, GIG/UTS, SGK/SSC, SOGI), dem BBT, den Berufsschulen und einer pädagogischen Begleitung zusammensetzen. Die drei Sprachregionen sind darin vertreten. Die Projektführung wird durch Dr. Manfred Winz (Sekretär der Reformkommission und des Trägervereins, BDO Visura) und durch die Präsidentin der Reformkommission Anne van Buel wahrgenommen.

Quellen:

Internetseite des BBT: www.bbt.admin.ch
Handbuch Verordnungen

Anne van Buel
Präsidentin der Reformkommission
Prieuré 4
CH-1304 Cossonay
anne.vanbuel@igs-ch.ch

La réforme professionnelle des géomaticiens

Le projet de la réforme de l'apprentissage pour les géomaticiens a obtenu le ticket provisoire. Dès lors, des groupes de travail ont été constitués au sein de la commission de réforme afin d'élaborer le plan de formation et le projet d'ordonnance. Ces deux documents devraient être terminés au printemps 2008, puis faire l'objet d'une première consultation à l'intérieur de nos associations professionnelles.

Il progetto di riforma di geomatico ha ottenuto il ticket preliminare. Vari gruppi di lavoro della commissione della riforma stanno attualmente abbozzando l'ordinanza sulla formazione e il piano di formazione. Questi due documenti saranno sottoposti, nell'autunno 2008, a una prima procedura di consultazione interna.

A. van Buel

La nouvelle loi sur la formation professionnelle

La nouvelle loi sur la formation professionnelle (LFPr) et son ordonnance (OFPr) sont entrées en vigueur le 1^{er} janvier 2004. La nouvelle loi sur la formation professionnelle tient compte de l'évolution de la société, des professions et du monde du travail. Son cadre évolutif s'adapte aux besoins de la formation professionnelle. Elle offre des possibilités de formation professionnelle nouvelles et différenciées et vise une perméabilité accrue à l'intérieur même de la formation professionnelle, et entre celle-ci et les voies d'enseignement général. Elle régit notamment la formation professionnelle initiale, y compris la maturité professionnelle fédérale.

La totalité des métiers du domaine non universitaire dépend dorénavant du même système, ce qui permettra de les comparer. Pendant la phase de mise en œuvre de cinq ans, les quelque 250 règlements d'apprentissage devront tous être révisés. Ces bases légales s'appelleront désormais «ordonnances sur la formation professionnelle initiale».

La nouvelle loi abroge la réglementation actuelle selon laquelle au maximum deux jours d'école sont autorisés dans le cadre du système dual. Plusieurs formes d'organisation sont dorénavant possibles:

- la forme classique: un à deux jours d'école et trois à quatre jours de formation en entreprise pendant toute la durée de la formation professionnelle initiale;
- un modèle dégressif: un plus grand nombre de jours d'école au début de la formation professionnelle initiale, nombre qui diminue au fur et à mesure de l'avancement de la formation;
- une année introductive de formation scolaire, formations professionnelles initiales avec formation scolaire étendue, etc.

Les cours d'introduction sont remplacés par les «cours interentreprise» ou «autres lieux de formation comparables». Les cours interentreprises visent à transmettre et à faire acquérir un savoir-faire de base. Ils complètent la pratique professionnelle et la formation scolaire. Ils sont aussi réglementés dans le cadre des ordonnances

sur la formation professionnelle initiale. Les formations doivent si possible être regroupées avec des formations apparentées dans le cadre d'un champ professionnel.

Elaboration d'une ordonnance sur la formation – mise en œuvre

Organisation du projet et parties impliquées

- Direction du projet: Organisation du monde du travail
- Commission de réforme: Organisation du monde du travail + OFFT + Cantons
- Groupes de travail: Organisation du monde du travail

Mise en œuvre du processus de réforme

La mise en œuvre du processus de réforme est prévue sur quatre ans en six phases distinctes. L'OFFT élabore le projet d'ordonnance en collaboration avec la commission de réforme. L'ordonnance sur la formation définit les éléments clés de la formation et doit être valable pour plusieurs années. L'ordonnance est complétée par le plan de formation qui peut contenir des parties qui nécessiteront des mises à jour plus fréquentes.

Le plan de formation est le concept de pédagogie de la formation professionnelle initiale. Il concrétise l'ordonnance et comporte les éléments suivants:

- les compétences décrites sous forme d'objectifs de formation

Rôles et activités des parties impliquées

Organisation du monde du travail	OFFT	Cantons
<ul style="list-style-type: none"> • Demande l'édiction d'une ordonnance sur la formation. • Assume la direction opérationnelle du projet et définit les contenus. 	<ul style="list-style-type: none"> • Edicte l'ordonnance sur la formation. • Accompagne le processus de réforme de A à Z (direction stratégique du projet et tâches souveraines). 	<ul style="list-style-type: none"> • Répondent de la mise en œuvre de l'ordonnance sur la formation. • Accompagnent et soutiennent le processus de réforme depuis le début.

- la répartition des cours dans les différents domaines dispensés à l'école professionnelle
- la ou les procédures de qualification
- l'organisation des cours interentreprises
- des annexes.

Dès que le projet d'ordonnance et le plan de formation sont prêts, ils doivent être traduits dans les trois langues nationales (d/f/i). L'ordonnance et le plan de formation sont envoyés en consultation aux offices fédéraux, aux départements chargés de la formation professionnelle, aux organisations du monde du travail et à d'autres organes intéressés. L'OFFT organise cette consultation et détermine les destinataires.

L'OFFT rédige un résumé des prises de position récoltées. Une séance d'élimination des divergences est organisée par la commission de réforme afin d'examiner leurs prises en compte dans la mesure du possible. L'OFFT est responsable de l'impression de l'ordonnance sur la formation et de sa publication dans le recueil officiel de la Confédération. Après son approbation par l'OFFT, le plan de formation est immédiatement publié par l'organisation du monde du travail.

La mise en œuvre de la nouvelle ordonnance est du ressort de l'organisation du monde du travail et des cantons qui doivent la planifier et la mettre en route. Un délai de douze mois maximum est prévu de la date d'édiction au démarrage de la formation.

La réforme de l'apprentissage pour les géomaticiens

Après le retrait du projet ZBZ, nos associations professionnelles représentées par leurs présidents, se sont mises à réfléchir au modèle à appliquer pour les géomaticiens.

Plusieurs questions ont été posées notamment:

- Avec quel(s) métier(s) peut-on former un champ professionnel?

- Comment élargir notre domaine d'activité?

Très rapidement les cartographes (formés exclusivement par Swisstopo à Berne) se sont approchés des géomaticiens pour proposer de former un seul champ professionnel.

Une analyse de notre domaine d'activité a permis de montrer que l'exercice de notre métier passait par trois phases distinctes:

- la collecte des données
- le traitement des données
- la diffusion des données.

Dans ce modèle il est apparu que le traitement des données concerne particulièrement les activités liées à la géoinformation. Or actuellement il n'existe pas d'apprentissage dans ce domaine.

Finalement et après de nombreuses séances et discussions, le concept retenu et approuvé par l'OFFT est le suivant:

Un seul CFC: géomaticien/géomaticienne et trois orientations distinctes:

- Mensuration officielle
- Géoinformation
- Cartographie

Les trois orientations feront donc l'objet d'une seule ordonnance et d'un seul plan de formation. La date de mise en vigueur de l'ordonnance et du plan de formation est fixée à l'année 2010.

Actuellement deux CFC sont décernés: géomaticien et cartographe. Les cartographes représentent quatre apprentis par année pour toute la Suisse alors que les géomaticiens sont environ 460. Suite au sondage réalisé en décembre 2006 par la direction du projet (180 réponses reçues), nous avons pu estimer que l'orientation géoinformation allait générer environ 90 places d'apprentissage dont environ 50 places nouvelles sur l'ensemble du territoire suisse.

Après plusieurs mois de discussion avec l'OFFT nous avons obtenu notre ticket provisoire, c'est à dire l'autorisation de travailler selon le modèle retenu et approuvé par l'OFFT. Dès lors, des groupes de travail ont été constitués au sein de la

commission de réforme afin d'élaborer le plan de formation et le projet d'ordonnance. Ces deux documents devraient être terminés au printemps 2008, puis faire l'objet d'une première consultation à l'intérieur de nos associations professionnelles dans les trois langues nationales.

Pour gérer le flux financier généré par le projet, les associations professionnelles ont décidé de créer l'Association des organes responsables. Cette association a été fondée le 21 août. Elle aura pour tâche principale de gérer les flux financiers durant le processus de réforme (jusqu'en 2010). Par la suite, dès la mise en vigueur de la nouvelle formation professionnelle de base des géomaticiens/géomaticiennes, elle sera responsable de l'assurance qualité, de la continuité du plan de formation et des adaptations nécessaires à ce dernier.

La commission de réforme est constituée de 22 personnes provenant des associations professionnelles (IGS, geosuisse, FGS/PGS, FVG/STV, GIG/UTS, SGK/SSC, SOGI) de l'OFFT, des écoles professionnelles et un accompagnant pédagogique. Les trois langues nationales y sont représentées. La direction de projet est assurée par le Dr. Manfred Winz (secrétaire de la commission de réforme et de l'association des organismes responsables Géomaticiens/Géomaticiennes Suisse, BDO Visura) ainsi que par la présidente de la commission de réforme Mme Anne van Buel.

Sources:

Site internet de l'OFFT: www.bbt.admin.ch
Manuel sur les formations professionnelles initiales

Anne van Buel
Présidente de la commission de réforme
Priuré 4
CH-1304 Cossonay
anne.vanbuel@igs-ch.ch